

Redebeitrag der SPD-Fraktion zu TOP 10 – Resolution Förderschule L

Vorab: unsere Förderschule L ist eine sehr gute Schule. Dort wird hervorragende Arbeit geleistet, die keiner von uns herunterreden möchte. Und das wird auch noch bis 2022 so bleiben. Die Schule läuft langsam aus. Alle Schülerinnen und Schüler, die sich dort bis jetzt befinden, bleiben dort bis zu ihrem Schulabschluss. Es werden aber keine neuen aufgenommen.

Warum nicht?

Niedersachsen bekommt ein neues Schulgesetz. Hierüber wurde in der 57. Plenarsitzung des Nds. Landtages am 18.02.2015 gesprochen. Es wurden viele Positionen dargestellt – unterschiedlicher Art. Der Landtag wird das Gesetz in Kürze verabschieden. Das ist auch seine Aufgabe.

Dieser neue Schulgesetzentwurf hat die Zustimmung des Landeselternrates und des Landesschülerrates, des Verbandes der Sonderpädagogen. Der Grundschulverband unterstützt den Entwurf in allen zentralen Fragen. Die GEW positioniert sich klar und eindeutig für das neue Schulgesetz. Es liegt also ein breiter Konsens vor.

Probleme haben im Landtag lediglich die CDU und die FDP und nicht zu vergessen daneben der Philologenverband, letzterer weil der befürchtet, die Gymnasien würden abgeschafft – eine total abwegige und irrationale Betrachtungsweise. Die Probleme der Landtags-CDU und der dortigen FDP mögen daran liegen, dass sie in ihrer 10jährigen Regierungszeit ihre Hausaufgaben nicht richtig gemacht haben und nun versuchen, einiges zu vertuschen.

Jetzt zur Inklusion:

Wir sind gehalten, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Und das zu recht. Dies wird überall gemacht – auch bei uns in Niedersachsen. Inklusive Bildung und damit auch Schule ist das Stichwort. Niedersachsen hat diese Aufgabe angenommen und wandelt alle öffentlichen Schulen in inklusive Schulen um. Denn allen Kindern mit und ohne Behinderung soll ein barrierefreier und gleichberechtigter Zugang gewährleistet werden.

Inklusion bedeutet nicht nur bauliche Veränderungen, inhaltlich muss sich vieles ändern. Und die Strukturen müssen sich so ändern, dass alle Menschen von Anfang an einbezogen werden. Sie müssen teilhaben können am ganz normalen Leben. Um ein inklusives Leben führen zu können, sind inklusive Bildung und Erziehung wichtige Bausteine. Sie sind eine Chance für alle Kinder. Wir wollen keine Trennung von Kindern mit Einschränkungen und Kindern ohne Einschränkungen. Wir wollen Gemeinsamkeit.

Das Land hat das Tempo verringert. Das Land lässt sich etwas mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen. Das ist gut so. Aber es erhöht auch die Ansätze für Aus- und Fortbildung. Es erhöht die Mittel für die Inklusion. Die Stundenplatzkapazitäten werden um 240 aufgestockt und es werden rund 1600 neue Lehrkräfte im Schwerpunkt Sonderpädagogik eingestellt.

Und – wie schon anfangs gesagt - die Aufhebung der Förderschule Lernen erfolgt schrittweise. Parallelsysteme zu betreiben, macht keinen Sinn. Sinn der Inklusion ist

nicht der Erhalt von alten Strukturen. Das Land will eine Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Das geht scheinbar nicht immer konfliktfrei. Aber es ist schon sonderbar, dass wir hier vor Ort die Landtagsdebatte nachführen müssen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU: mit scheint es so, dass Sie sich von Herrn Thümmler instrumentalisieren lassen. Natürlich ist er sauer, dass er nicht mehr an der Regierung beteiligt ist. Aber müssen Sie dann seine Argumente herunterziehen auf die lokale Ebene? Er besucht die Schule L und gleich danach kommt Ihre Resolution. Das ist doch wirklich durchschaubar.

Wir glauben, dass wir in Niedersachsen auf dem richtigen Weg sind. Deshalb werden wir der Resolution nicht zustimmen.

Rüdiger Kramer
Fraktionsvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -